Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5918

29. 10. 96

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Angelika Beer, Winfried Nachtwei, Christian Sterzing und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — Drucksache 13/5768 —

Deutsche Beteiligung an britisch-französischen Gesprächen zur Kooperation im Nuklearwaffenbereich

Laut britischen Presseberichten (Sunday Telegraph vom 6. August 1996) nehmen zumindest seit 1995 Vertreter der Bundesregierung an Gesprächen zwischen der britischen und französischen Regierung teil, die zum Ziel haben, die Nuklearwaffenpolitiken beider Staaten zu koordinieren.

1. Seit wann und an welchen Daten nahmen deutsche Vertreter an den französisch-britischen Nuklearwaffenkooperationsgesprächen teil?

   Für welche Daten sind weitere Gesprächsrunden geplant?

2. In welcher Funktion nahmen und nehmen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland an diesen Gesprächen teil?

3. Auf wessen Initiative kam es zu einer Teilnahme deutscher Vertreter an diesen Gesprächen?

4. Fanden diese Gespräche im Rahmen der 1992 gegründeten „Franco-British Joint Commission on Nuclear Policy and Doctrine" bzw. der britisch-französischen „Joint Nuclear Commission" statt?

   Wenn nein, in welchem institutionellen Rahmen fanden diese Gespräche statt?

5. Welche Vertreter der Bundesregierung aus welchen Bundesministerien nahmen an den französisch-britischen Nuklearwaffenkooperationsgesprächen teil?

6. Welche Zielsetzung verfolgt die Bundesregierung mit der Teilnahme an den französisch-britischen Nuklearwaffenkooperationsgesprächen?

7. Welchem Zweck dienen die französisch-britischen Nuklearwaffenpolitikkooperationsgespräche nach Kenntnis der Bundesregierung?

8. Welche Themen wurden in diesen Gesprächen nach Kenntnis der Bundesregierung bislang behandelt?

9. Zu welchen Ergebnissen und Zwischenergebnissen haben die französisch-britischen Gespräche über Kooperation im Bereich der Nuklearwaffenpolitik bislang nach Kenntnis der Bundesregierung geführt?

10. Welche Themen sollen bei diesen Gesprächen nach Kenntnis der Bundesregierung künftig behandelt werden, wann soll dies jeweils

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 25. Oktober 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

geschehen, und wie werden diese Themen zwischen den Beteiligten festgelegt?

11. Waren deutsche Vertreter bei allen Treffen anwesend?

    Gab es im Rahmen der französisch-britischen Gespräche Tagesordnungspunkte oder Treffen, an denen keine deutschen Vertreter teilgenommen haben?

    Wenn ja, welche, und warum nahmen die deutschen Vertreter nicht teil?

12. In welchem Umfang wurde die Bundesregierung bei diesen Gesprächen über den aktuellen Stand

    a) der nuklearen Rüstungsplanung,

    b) der Entwicklung der nationalen nuklearen Strategien,

    c) der nuklearen Einsatzplanungen und Command- and Control-Strukturen,

    d) der nuklearen Zielplanung,

    e) der Ziele im Bereich der nuklearen Rüstungskontrolle

    informiert?

    (Wir bitten um getrennte Antworten für Frankreich und Großbritannien.)

13. Wie bewertet die Bundesregierung die in diesem Kontext verfügbar gewordenen Informationen?

    Gingen diese über den bereits vorhandenen Kenntnisstand der Bundesregierung hinaus, und wenn ja, in welchen Punkten?

14. Wie bewertet die Bundesregierung die im Rahmen dieser Gespräche verfügbar gemachten Informationen im Vergleich zu jenen Informationen, die ihr durch ihre Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO zugänglich gemacht werden?

15. Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen der deutschen Teilnahme an den französisch-britischen Nuklearwaffenkooperationsgesprächen und der Debatte um die Schaffung einer „Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik", wie sie im Rahmen des Maastrichter Vertrages vereinbart wurde?

    Wenn ja, wie stellt sich dieser Zusammenhang inhaltlich dar?

16. Nehmen andere Mitgliedstaaten der Europäischen Union an den französisch-britischen Nuklearwaffenkooperationsgesprächen teil?

    Wenn nein, warum nicht?

17. Wurde die deutsche Teilnahme an diesen Gesprächen vorab mit den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union abgestimmt, und wenn ja, in welcher Form?

An den bilateralen britisch-französischen Gesprächen zur Kooperation im Nuklearwaffenbereich sind Vertreter der Bundesrepublik Deutschland nicht beteiligt. Nach Kenntnis der Bundesregierung nehmen an diesen auch keine anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union teil.

Die britische und französische Regierung haben im November bzw. Dezember vergangenen Jahres die NATO-Bündnispartner und die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union über die grundsätzliche Zielrichtung und den Rahmen dieser bilateralen Gespräche unterrichtet. Danach finden diese Besprechungen seit 1992 im Rahmen der „Joint Nuclear Commission" mehrere Male im Jahr unter Beteiligung von Angehörigen der britischen und französischen Außen- und Verteidigungsministerien statt. Beide Nationen haben dabei unterstrichen, daß sie diese gemeinsamen Gespräche in dem grundsätzlichen Bestreben führen, die Zusammenarbeit der beiden europäischen Nuklearmächte in nuklearen Fragen, einschließlich technischer Aspekte, zu vertiefen.

Weitere Informationen über Daten von Gesprächsrunden oder konkrete Themenstellungen dieser bilateralen britisch-französischen Gespräche liegen der Bundesregierung nicht vor.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333